

Das Gute, das Nützliche, die Polis

Eröffnungsrede zum Kongress „Philosophie für die Polis“ der
Gesellschaft für Antike Philosophie (Zürich, 6. September 2016)

von

Moritz Leuenberger

Bundesrat und Bundespräsident A. D., Zürich

Treffen sich Freunde der antiken Philosophie, wie Sie, und ein politisch
Leibhaftiger, wie ich, kann nur *ein* Zitat den Anfang machen: jenes von
Platon in der Politeia. Sie kennen es alle auswendig und träumen es wohl
jede Nacht auf griechisch. Es ist ja auch Gegenstand eines Spezialvortrages
von morgen Mittwoch. Vielleicht können Sie es ja nicht mehr hören.

Als ein schweizerischer Willkommensgruß zitiere ich es Ihnen deshalb in
der hiesigen Sprache, nämlich auf Schweizerdeutsch:

„Wänn nöd entweder d’Philosophe Mänäger wärdet oder wänn nöd
umgekehrt Ministerpräsident, Kanzlerin, Bundesrät und überhaupt
alli Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und äigetlich ä alli Journis
und CEOs, wänn die alli nöd würkligi Philosophie wärdet und solange
nöd alli Macht uf dr Wält und d’ Philosophie mitenand verschmolze
sind, solange hört’s mit däm ganze Schäiss nie uuf, nöd in de äinzelne
Staate, nöd i de Staategmeinschafte, also ä nöd in dr EU, zum Biispiel,
und überhaupt nimit das Eländ für die ganzi Mänschheit äfach kās
Änd.“

So hätte sich Platon nach einem Schweizerischen Einbürgerungskurs ausgedrückt.¹

Original: „Wenn nicht entweder die Philosophen Könige werden oder die, die man heute Könige und Machthaber nennt, echte und gründliche Philosophen werden und solange die Macht im Staat und die Philosophie nicht verschmolzen sind, so wird es mit dem Elend kein Ende haben, nicht für die Staaten und nicht für das menschliche Geschlecht.“

Wir sind uns einig: Das Elend hat noch immer kein Ende. Platons Überzeugung ist nicht gerade weit verbreitet. Im Gegenteil. Sie wird verlacht und verhöhnt.

Dennoch wäre es zu billig und ungerecht, wenn wir den Typus Trump als pars pro toto für die Politik im Allgemeinen sehen würden. Ich hatte immerhin den Gewinn, auch mit Vaclav Havel, Lennart Meri und Michel Rocard zu arbeiten. Das sind Politiker, die sich sehr wohl um die Wahrheitsfindung, um den ethischen Dialog bemühten. Sie waren praktische Politiker und sie hatten bei der Umsetzung mit moralischen und gesetzlichen Zielkonflikten aller Art zu kämpfen und sie scheiterten teilweise auch daran.

Max Weber griff diese Konflikte als Soziologe auf und zeigte die realen Umsetzungsschwierigkeiten als eine Folge von Platons Axiom:

„Insofern sind Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen, die zusammen den echten Menschen ausmachen, den, der den „Beruf zur Politik“ haben kann.“

Der Staatsmann sollte Philosoph, die Philosophin sollte Staatsfrau sein: Das bleibt immer eine Vision, ein Idealbild. Es wird immer einen Unterschied zwischen politischem Handeln und politischem Philosophieren

¹ Rückübersetzt in die Hochsprache: „Wenn nicht entweder die Philosophen Manager werden oder wenn nicht umgekehrt Ministerpräsidenten, Kanzlerinnen, Bundesräte und überhaupt alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und auch all Journalisten und CEOs, wenn diese nicht alle Philosophen werden und so lange nicht alle Macht auf dieser Welt und die Philosophie miteinander verschmolzen sind, solange hört es mit dieser ganzen Scheisse nie auf nicht in den einzelnen Staaten, nicht in den Staatengemeinschaften, der EU zum Beispiel, und überhaupt nimmt so das Elend für die ganze Menschheit nie ein Ende.“

und Analysieren geben. Die analysierende Professorin, der kritisierende Journalist sind nicht mit der politischen Umsetzung konfrontiert.

Wer sich in der politischen Praxis noch so bemüht, sein Tun von philosophischen Kriterien leiten zu lassen, stösst immer wieder an real existierende Grenzen.

Gesinnung und Verantwortung bilden zwei Brennpunkte in der Ellipse politischer Ethik. Ihre Fusion bleibt eine Vision, die wir zwar anstreben wollen, aber kaum erreichen.

Das Gute und das Schöne

Das griechische Ideal einer solchen Verschmelzung galt in diesem Sinn dem Schönen und dem Guten (*kalòn kai agathón*).

Ich möchte das Schöne als Bestandteil der Politik nicht wortlos überspringen, gerade weil sein Stellenwert im öffentlichen Diskurs ausgesprochen marginal ist.

Die Kallipolis stellt kein politisches Ideal mehr dar. Ideal des heutigen Zeitgeistes ist ein Staat, der möglichst keine Steuern erhebt und keine Vorschriften erlässt, ein schlanker, ein magersüchtiger Staat, eine Anorexie-Polis.

Wer als Politiker versucht, über Grundsätzliches nachzudenken, gilt bald einmal als Schöngeist, der nicht zur Sache kommt. Schöngeist ist ein Schimpfwort. Es verunglimpft sowohl das Schöne, als auch das Bemühen um das Gute.

Zunächst: Das Schöne als solches, die politische Ästhetik ist heute tatsächlich an einem kleinen Ort: „Die Schweiz leistet sich als einziges Land eine Pianistin als Justizministerin. Das Resultat ist dementsprechend: eine Schande!“ Es erheben sich regelmässig Empörungswellen, wenn sich ein Politiker sein Arbeitszimmer, in welchem er meist über 14 Stunden arbeitet, nach seiner eigenen Ästhetik gestaltet. Also anders als seine Vorgänger.

Landesweiter Protest geisselt dies als Verschwendung: So geschehen bei Adolf Ogi, bei mir, bei Jacqueline Fehr. Dabei beeinflusst die Umgebung den Geist und die Kreativität. Joseph Beuys: „Warum sind Jugendliche gewalttätig? Weil sie in hässliche Tapeten aufwachsen.“

Artenvielfalt und Biodiversität werden nicht mit der Schönheit der Natur, sondern ökonomisch begründet. Die ganze Umweltpolitik wird ökonomisch begründet. Es wird nicht mit den „Lilien auf dem Felde“ wie im Matthäus Evangelium, nicht mit der Schöpfung oder dem Schönen der Natur selber argumentiert.

Das sei nur eine Randbemerkung zum Schönen, denn auch Platon hat das Schöne nicht verabsolutiert. Vom *kalón* und dem *agathón* entschied er sich für das Gute.

Das Gute ist nicht ein absoluter Wert, sondern das Gute ist immer *für* etwas gut. Es ist mit anderen Worten auch nützlich. Es geht nicht wie im Christentum um das Gute als Gegensatz zum Bösen, sondern gemeint ist ein nützlich Gutes.

Insofern klafft zwischen Platons Agathon und Machiavellis Nützlichkeit, die sich auch über moralische Regeln hinwegsetzen darf, gar nicht ein derart fundamentaler Graben, wie zuweilen behauptet wird. Es ist also nicht so, dass in der klassischen Antike die pure Ästhetik gepriesen worden wäre und in der Renaissance der kalkulierte Utilitarismus.

Aristoteles verfocht bewusst nicht nur eine gute Verfassung, sondern auch eine, die praktisch möglich, eine die leichter zu erreichen ist. Später hat auch Cicero das Gute und das Nützliche gleichgesetzt. Vielleicht führt mich zu diesem Schluss auch die Beobachtung, dass alle, die politische Verantwortung wahrnehmen wollen, überzeugt davon sind, sie betrieben eine gute Politik.

Alle berufen sie sich auf das Gemeinwohl, auf die Gerechtigkeit, auf good governance, die sie anstreben wollen. Good governance ist ja auch das erklärte Ziel der FIFA.

Politikerinnen und Politiker tun dies immer innerhalb ihres eigenen Horizontes, der durch ihre Ausbildung und durch den Zeitgeist begrenzt ist. Es reicht dann zuweilen nur für die Devise „In die Hände spucken und Ärmel hockrempeln.“ Das soll gar kein Vorwurf sein. Sie sind von ihrer eigenen Meinung überzeugt und stellen sie mit dem Guten gleich.

Das geht vom Interessenvertreter, dessen Horizont sich auf seine eigenen Interessen beschränkt, die er mit denjenigen der Allgemeinheit gleichsetzt, bis zum zweifelnden Denker, der sich fragt, oder sich bemüht, Interessen unbekannter Dritter in sein Handeln einzubeziehen (Menschen, die in anderen Kontinenten leben, Menschen, die noch gar nicht geboren sind, oder die Interessen der Umwelt und der Natur).

Jeder aktive Politiker bleibt ein Hamster im Rad seiner Zeit und immer identifiziert er sich mit der eigenen Rolle. Er bleibt gefangen in den Modeströmungen des politischen Zeitgeistes, der auch technologische Entwicklungen zunächst euphorisch verherrlicht und später schreckliche Auswirkungen entdeckt. Das war beim Asbest, bei DDT und bei Röntgenstrahlen der Fall.

Es gibt auch Strömungen der Vernunft: die so genannten Kinder der Landstrasse wurden damals den leiblichen Eltern weggenommen und bei armen Bauernfamilien platziert. Soeben ist eine Wiedergutmachung für das angerichtete Elend beschlossen worden. Doch die damalige Politik wollte etwas Gutes tun, nämlich sowohl verwahrlosten Kindern als auch armen Bauern helfen.

Ethische Abwägungen zugunsten einer möglichst guten Politik werden in der Tagespolitik durchaus vorgenommen: Kann Erdgas als Übergangslösung

akzeptiert werden, wenn wir uns vom Öl verabschieden wollen? Was ist der Vorteil und der Nachteil von Biotreibstoffen? Dürfen gentechnologische Veränderungen an Saatgut vorgenommen werden? Wie steht es mit Leihmüttern, mit Gebärmuttertransplantation?

Der ethische Diskurs

So lernte mancher Praktiker, im Amt über Grundsätzliches nachzudenken. So musste aber auch mancher Akademiker, den es in die Politik verschlagen hat, lernen, praktisch anzupacken und Zielkonflikte zu lösen.

Beide zwingt es zum *dialégesthai*, zum gemeinsamen Durchsprechen eines Themas, zum politischen Dialog. Dieser kann auch systematisch organisiert werden: Regierungsmitglieder bilden sich ihren Beraterstab mit Angehörigen aus anderen Parteien (keine parteipolitisch monocoloren Ministerien). So nähern sie sich auch ganz ein wenig dem Ideal, als Politiker auch Philosophen zu sein.

Solch diskursive Hinterfragungen werden dann von den Mannen der Tat rasch verlacht. Zweifeln wird mit Zögern gleichgestellt, was völlig falsch ist. Auch diskursiv kann man sehr rasch zu einer Entscheidung kommen.

Gesinnung und Umsetzung oder die Verantwortung

In der ethischen Dialektik schärfen wir die Überzeugung, was im Interesse des Gemeinwesens gut sei. Damit ist das Gute aber noch nicht umgesetzt.

Zur Umsetzung, zur Verantwortungsethik also, möchte ich einige politische Problemfelder umkreisen, die wir sowohl in der philosophischen Diskussion der Antike, in den Analysen Machiavellis in der Renaissance und in der heutigen Realpolitik antreffen.

Die eigene Macht kennen oder *gnôthi seautón*

Wer seine (gute) Politik umsetzen will, muss die eigene Macht richtig einschätzen. Wer sich als Politiker selber unter- oder überschätzt, scheitert. Wenn er denselben Fehler zulasten des Gemeinwesens tut, das er vertritt, schadet er diesem.

Macht gilt heute, gerade weil wir Demokratien sind, als suspekt. Das Verhältnis zur ihr ist bei uns merkwürdig gespalten. So hören wir: „Ich und Macht? Ich habe keine Macht! Ich wurde überstimmt, ich blieb in der Minderheit.“ Nicht nur ein Politiker, jeder, der Einfluss in der Gesellschaft oder in einem Betrieb ausübt, muss sich seiner Macht bewusst sein. Sich der eigenen Macht nicht bewusst zu sein, bedeutet Verantwortungslosigkeit. Wenn ein Mohammed-Karikaturist sich nicht Rechenschaft darüber ablegt, dass er indirekt Anschläge provozieren kann, ist er sich seiner medialen Macht nicht bewusst.

Es ist eine politische Kunst, die eigene Macht und diejenige des Gegenübers richtig einzuschätzen. Dazu muss nicht nur der eigene Maßstab angelegt, sondern ebenso sehr der Blickwinkel von außen eingenommen werden. Die steten Veränderungen der Einschätzungen müssen laufend neu beurteilt werden.

Nichts Anderes bedeutet die Inschrift auf dem Apollotempel *gnôthi seautón*, erkenne dich selbst, oder auch: Kenne dich selbst. Kenne also auch deine Stellung zu den anderen, nicht nur so, wie du sie siehst, sondern so, wie dich die anderen sehen. Erst dann kannst du dich richtig einschätzen.

Zum selben Schluss kommt, mit anderen Worten, Machiavelli: In „Warum die Fürsten Italiens die Herrschaft verloren haben“ schildert er, warum die eigene Macht und diejenige des Gegners richtig abgeschätzt werden muss:

„Daher sollten unsere Fürsten, die viele Jahre die Herrschaft innehatten, nicht das Schicksal wegen deren Verlust anklagen, sondern ihre eigene Unfähigkeit; da sie nämlich in friedlichen Zeiten nie erwogen hatten, dass diese sich ändern könnten (wie es ein allgemeiner Fehler der Menschen ist, bei Windstille nicht mit dem Sturm zu rechnen).“

Eine Unterschätzung der eigenen Macht kann desaströs sein. Die EU, die sich selber zu Recht als Organisation für Friedenssicherung ansieht, hat seinerzeit bei ihren Avancen zugunsten der Ukraine nicht bedacht, dass dies durch Russland als ein Machtstreben beurteilt wird. Sie hat die Wahrnehmung ihrer Macht durch einen anders Denkenden, der Territorialexpansion verhafteten, nicht genügend einbezogen. Ebenso als die baltischen Staaten sowie Bulgarien und Rumänien (Ex-Sowjetunion) aufgenommen wurden: Dazu gab es nie Gespräche mit Russland. Im Fall der Ukraine kam es dann zu kriegerischen Ereignissen, die viele Menschenleben kosteten.

Auch die Überschätzung der eigenen Macht kann peinlich werden.

Die tatsächliche Autonomie unseres Landes wird zuweilen etwas überschätzt. Wir in der Schweiz sprechen daher gerne vom „autonomen Nachvollzug“ oder wir betonen, wie mutig unsere Justiz gegen Korruption der Fifa eingeschritten ist – auf Begehren der USA.

Aber die Machtverhältnisse in der Welt haben sich geändert und damit auch diejenigen der Schweiz. Nach der Windstille kam der Sturm und das Bankgeheimnis zerschellte an den Klippen mächtigerer Mächte.

Ich weiss, dass ich nichts weiss. Wahrheit und Populismus

„Ich weiss, dass ich nichts weiss.“ Für diese These erhielt Sokrates vom Orakel in Delphi das Prädikat als „Der weiseste aller Menschen“, einen

award, der heute nicht mehr vergeben wird (dafür kennen wir Preise wie „Der rostige Paragraph“ oder „Die grüne Schraube“). Der Satz könnte Ausgangspunkt sein für wahres Denken, für neugierige und fruchtbare Politik. Er könnte zur bescheidenen Erkenntnis führen, dass keine Wahrheit für jedermann gelten kann. Doch mit dem Slogan, nichts zu wissen, vermag kein Politiker in unseren Demokratien gewählt zu werden. Deshalb kennen wir vor allem die Haltung: „Ich weiss, dass ich alles weiss, und die Lösung ist ganz einfach!“ oder: „Meine Meinung ist Tatsache und zugleich die Wahrheit.“

Die Tendenz, den Leuten nach dem Mund zu reden, ist die Wurzel des Populismus, einer politischen Gattung, die ich als Ausdruck weder in der Renaissance noch in der Antike fand. Immerhin hat Platon die Gattung angesprochen: Er geißelte nämlich jene, „die sich mit schweinischem Behagen im Schmutze der Unwissenheit herumwälzen.“

Und in Zeiten Machiavellis kann die plebiszitäre Demokratie, in welcher sich Führer und Masse gegenseitig emporschaukelten, mit Populismus verglichen werden. Das ist auch heute in unseren demokratischen Breitengraden so: Der narzisstische Gewinn ist dabei ein doppelter: Der Redner freut sich ob der tosenden Ovationen, die ihm das schunkelnde Publikum beschert, und dieses wiederum suhlt sich in der Illusion, einfache Lösungen für ein weltweit komplexes Problem seien möglich.

Diese Anbiederung an die Massen ist auch eine Folge der Meinungsumfragedemokratien: Machiavelli sprach von der Furcht, die der Fürst zu verströmen habe. (Dies gilt auch heute, in der Türkei oder in Ägypten zum Beispiel.) Aber in den repräsentativen und direkten Demokratien der westlichen Staaten sind die damaligen Untertanen des Fürsten heute die Wählerinnen und die Stimmbürger. In der Demokratie ist es weniger die Regierung, welche Furcht verströmt. Es ist vielmehr sie

selber, die sich fürchtet: Vor den nächsten Wahlen, vor der nächsten Abstimmung und vor den Zeitungen des nächsten Sonntags.

Machiavellis Frage, ob es besser sei, geliebt oder gefürchtet zu werden, ist für heutige Regierungsmitglieder gar keine Frage mehr. Sie wollen geliebt werden. Und so stürzen sie sich daher täglich auf die Meinungsumfragen. Am beliebtesten sind die über ihre eigene Beliebtheit. Aber ebenso wichtig ist, sich über die stets wechselnden Meinungen zu Alltagsfragen zu informieren, auf dass mit jeder Strömung geschwommen werden kann.

Das führt dann auch dazu, dass Vorurteile, unbewiesene, unwahre Sachverhalte die Spirale von Behauptungen, Unterstellungen und Unwahrheiten antreiben. Die Brexit-Befürworter etwa schrieben ihr zentrales Versprechen breit auf den Kampagnenbus: „Wir zahlen jede Woche 350 Millionen Pfund nach Brüssel. Lasst uns das lieber ins Gesundheitssystem stecken.“ Dabei machte es dem Brexit-Lager nichts aus, dass die 350 Millionen in keiner Art und Weise zutrafen: Das Land zahlte nicht einmal die Hälfte. Und am Morgen nach dem Sieg sagte Ukip-Chef Nigel Farage, die Idee mit dem Gesundheitssystem sei „ein Fehler“ gewesen. Kurz darauf strich seine Partei alle Versprechen von ihrer Website.

In den USA zählten Experten 70 Lügen in einer 60-Minuten-Rede von Donald Trump, etwa, dass er nach den Anschlägen vom 11. September 2001 Tausende Muslime in New Jersey habe feiern sehen, dass er seine Steuererklärung bald veröffentlichen werde, dass er seine Kampagne selbst finanziere.

In der Schweiz behauptete der Asylverantwortliche der SVP, es seien Rentner zugunsten von Asylbewerbern aus dem eigenen Haus geworfen worden. Als sich dies als falsch herausstellte, war seine Stellungnahme: „Das ist doch überhaupt nicht schlimm, dass das eine Falschinformation war!“ Im Gegenzug stellte er die zwei Damen, die nachgefragt hatten, auf seiner Facebook-Seite als hässlich dar.

Vom Populismus zur Lüge

So überschreitet politischer wie medialer Populismus die Grenze zur Lüge. Ich will nicht allzu lange auf dem Vorwurf der Lüge in der Politik verharren. Er ist ohnehin inflationär. Die moralische Empörung stützt sich offenbar direkt auf Thomas von Aquin: „Jede Lüge ist eine Sünde!“ In dieser Absolutheit ist uns Christenkindern das Gebot weitergegeben worden.

Platon und Sokrates hatten da ein unverkrampfteres Verhältnis zur Lüge. Und auch in der heutigen Wirklichkeit ist die Moral weit von solchen christlichen Axiomen entfernt, in allen Bereichen, nicht nur in der Politik, denken wir an den Abgasskandal von Volkswagen. Was hier systematisch geschieht, geschieht in der Politik oft auch unbewusst: Die Grenzen zwischen klarem Wissen und unbewusstem Verdrängen oszillieren zuweilen. Die politische Aufgabe vereinnahmt einen Politiker; er identifiziert sich mit seiner Mission. Seine Überzeugung dynamisiert sich; er beginnt zu glauben, wozu er gedrängt wurde. Glaubte Tony Blair an Massenvernichtungsmittel oder log er? Der Politiker steigert sich in gefällige Erfolgsprognosen und unterliegt ihnen mit der Zeit selber. Der Glaube an die absolute Richtigkeit des eigenen Tuns führt zu heiligen Kriegen.

Meinung und Wahrheit

Ein Element für den ersprießlichen Diskurs ist, zwischen Meinung und Sachverhalt zu unterscheiden. Die *doxa*, die Meinung, was mir (richtig) scheint, *dokei moi*: Ein und dieselbe Welt zeigt und öffnet sich jedem auf ihre Art und Weise. Die „Wahrheit“ kann ein um das Gute bemühter Politiker nicht erreichen, aber er kann sich ihr nähern durch den Dialog. In der Jurisprudenz, aber auch in der klassischen Journalistik wurde diese Trennung auch hochgehalten. Am Gericht unterscheiden wir zwischen Sachverhalt und Würdigung, in der klassischen Journalistik trennte man

früher Berichterstattung und Kommentar. Diese Trennung wird heute ganz vorsätzlich überschritten.

In den USA hat die konservative Partei ein Medienimperium mit dem Zentrum Fox News errichtet, mit Hunderten Radio- und Blog-Satelliten, in dem es keine Fakten mehr gibt, sondern nur Meinungen, zu den Arbeitslosenzahlen, zur Erderwärmung, zu Evolution. Dies ist eine erklärte Strategie, auch sehr renommierter Medien. Zwecks Auflagesteigerung, zwecks Ankurbelung der Reizspirale werden Meinung und Sachverhalt bewusst vermischt.

Das Gute und das Nützliche vereinen sich in der Unendlichkeit

Aristoteles: „Soweit also die Verfassungen das Gemeinwohl berücksichtigen, sind sie im Hinblick auf das schlechthin Gerechte richtig; diejenigen aber, die nur das Wohl der Regierenden im Auge haben, sind allesamt verfehlt und weichen von den richtigen Verfassungen ab.“

Was ist das Gemeinwohl? Gibt es objektivierbare Kriterien für das Gemeinwohl?

Das Gemeinwohl erstreckt sich auch auf künftige Generationen:

Cicero: „Es gilt als unmenschlich, ja verbrecherisch zu sagen, nach unserem Tode möge doch der Weltbrand über alle Länder hereinbrechen. Aus dieser Erkenntnis folgt (umgekehrt) die Verpflichtung, dass wir auch für künftige Generationen, um ihrer selbst willen vorsorgen müssen.“

Die Menschen bilden eine Gemeinschaft von Generationen, wo jede für die andere verantwortlich ist. Auch wir verdanken unser Leben den Vorfahren. Unser kurzes Leben nach einer Erdgeschichte von Milliarden Jahren ist ein Privileg, das uns verpflichtet, die Erde so weiterzugeben, wie wir sie übernahmen. Das bedeutet, ökonomische und ökologische Schulden nicht den künftigen Generationen zu überlassen und beschäftigt uns bei der Endlagerung atomarer Abfälle oder bei der Rentenreform.

Was ist das Gemeinwesen in Zeiten der Globalisierung?

Das Allgemeinwohl besteht nicht nur im Wohl des Fürstentums, wie das Machiavelli sah. Doch wie weit reicht das Gemeinwesen? Der Jetset führt zu Entwurzelung, löst traditionelle politische Bindungen und lässt die Solidarisierung mit dem Heimatland erlahmen. Auch das ist heute nicht neu:

So wurde zu Zeiten Sokrates' ein junger, reicher Ionier in Athen nach seinem Bürgerort gefragt und er hat überheblich geantwortet: „Ich? Ich habe Vermögen.“ Das erinnert an nomadisierende Investmentbanker, deren Identitätskarte die Kreditkarte ist, und die auf die Frage nach dem Heimatland in ihrem eigenen UBS - Lateinisch wohl antworten würden: „Ubi Boni ibi patria!“

Kaiser Marc Aurel hat diese Frage auch beschäftigt und er hat den Zwiespalt zwischen Staatsbürgerschaft und Weltbürgertum so gelöst: „Staatsgemeinschaft (*pólis*) und Vaterland (*patrís*) ist für mich als Marcus Aurelius die Stadt Rom, für mich als Mensch die Welt (der *kósmos*). Was nun diesen beiden Staatsgemeinschaften zugleich nützlich ist, das allein gilt mir als gut.“

Je nachhaltiger die Nützlichkeit im Interesse auch kommender Generationen, im Interesse der Weltengemeinschaft verstanden wird, desto mehr sie sich einer Kosmopoliteia nähert, desto mehr entspricht sie der Anforderung an gute Politik zugunsten des Gemeinwohls. Sokrates argumentierte sogar, aus der Tugend entstehe Reichtum. Das tönt fast wie eine Vorwegnahme von Max Webers Gleichung von protestantischer Ethik und Kapitalismus.

Je mehr wir zudem über „gute Nützlichkeit“ oder über „das nützliche Gute“ diskutieren, desto sachlicher kann der politische Dialog ausgestaltet werden. Wenn wir das Gute als göttlich und das Böse als teuflisch

überhöhen, gleiten wir in Religionskriege, statt uns dem politischen Dialog zu verpflichten.

Das Gute und das Nützliche in der Polis sind wie zwei Parallelen, die sich in der Unendlichkeit vereinigen werden. Dank Ihrem Kongress wird das gewiss bald der Fall sein.